

Stellenabbau bei Enercon – LINKE Kreisverbände fordern Sozialplan

Der deutsche Marktführer in der Windenergie-Sparte wurde jahrelang von regionaler und nationaler Politprominenz aller Parteien rechts von der Linken immer wieder heftig hofiert und umworben. Kleinlaut geübte Kritik an den „Behinderungen der Betriebsratsarbeit in den Enercon-Unternehmen“ verhallte. Spätestens jetzt müsste auch dem letzten Schönredner klar geworden sein, dass der Produzent alternativer Energiegewinnungsanlagen nicht gleichermaßen auch Garant einer sozialen Betriebs- und Personalpolitik ist.

Der Konzern setzt ohne Zögern auf „Verschlankung“ im Inland, um sich verstärkt dem Auslandsgeschäft zuzuwenden. Auf der Strecke bleiben – zunächst – die von Entlassungen bedrohten Kolleginnen und Kollegen, auch die der Zulieferbetriebe. Insbesondere betroffen sind – mal wieder – die Leiharbeiter. Unisono beklagen - von CDU über die IHK bis hin zu den Grünen - die Bürgerlichen eine Entscheidung, die nur der Logik des Kapitals, die sie sonst selbst predigen, folgt und heucheln Betroffenheit. Von einer Entscheidung „ohne Anstand“ ist in einem OZ-Kommentar die Rede. Können Massenentlassungen jemals „anständig“ sein?

Die von Entlassungen bedrohten Kolleginnen und Kollegen sind in erster Linie Opfer einer fatalen Energiepolitik der schwarz-blau-rosa Bundesregierung und in zweiter Linie Opfer mangelnder Einflussmöglichkeiten von Betriebsräten und Gewerkschaften auf solche Entscheidungen.

Notwendig sind eine radikale Änderung der nationalen Energiepolitik hin zu den erneuerbaren Energien, eine politische Wende im Rahmen der Einflussmöglichkeiten von Gewerkschaften und Betriebsräten, eine eklatante Verbesserung der Einflussmöglichkeiten dieser auf betriebliche Entscheidungen, außerdem politischer Druck auf die Enercon-Spitze, auch wenn dies voraussichtlich nicht zur Rücknahme der „Verschlankungs“-Entscheidung führt, da ein Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft nicht besteht und die entsprechenden Instrumente fehlen. DIE LINKEN der Kreisverbände Aurich, Emden, Emsland und Leer fordern in ihrer gemeinsamen Pressemitteilung einen Sozialplan, der die Möglichkeiten der Entlassenen, wieder eine neue Stelle zu finden, ausreichend fördert und die Einkommensverluste wenigstens teilweise ausgleicht.

Die Solidarität der Linken gilt uneingeschränkt den von Entlassungen bedrohten Kolleginnen und Kollegen!